

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

5. Oktober 2015

Afghanistan

Lage in Kunduz

Nachdem die Taliban am 28.09.15 Kunduz, die rund 250.000 Einwohner zählende Hauptstadt der gleichnamigen Provinz im Nordosten Afghanistans, erobert hatten, starteten die afghanischen Sicherheitskräfte mit Unterstützung durch die NATO eine Gegenoffensive. Am 01.10.15 meldete die afghanische Regierung die Rückeroberung der Stadt, wobei die Taliban jedoch nicht vollständig vertrieben werden konnten. Am 04.10.15 erklärte die Provinzregierung, dass ca. 70 % der Stadt unter Regierungskontrolle seien. Man gehe gegen die weiterhin Widerstand leistenden Taliban-Kämpfer vor. Im Zuge der Rückeroberung von Kunduz bombardierte die US-Luftwaffe am 04.10.15 ein Krankenhaus der Organisation „Ärzte ohne Grenzen“. Dabei sollen 22 Menschen, darunter zwölf Mitarbeiter der Hilfsorganisation getötet, und mindestens 37 verletzt worden sein.

Weitere Kampfhandlungen

Kämpfe und Operationen der afghanischen Sicherheitskräfte gab es neben Kunduz auch in den weiteren nordöstlichen Provinzen Takhar, Baghlan und Badakhshan, wo die Taliban mehrere Distrikte erobert haben sollen. Außerdem gab es Kämpfe in Nangarhar (Osten, hier ging das Militär gegen IS-Kämpfer vor), Kandahar, Zabul, Uruzgan (Süden), Badghis, Farah (Westen, hier behaupten die Taliban, einen Distrikt erobert zu haben), Jawzjan, Sar-i-Pul, Faryab (Norden) und Kapisa (Zentrum).

Gezielte Angriffe

In Paktika (Südwesten) starben am 01.10.15 zwei Taliban und ein Sicherheitsbeamter bei einem Angriff auf eine Straßenbaufirma. Am 03.10.15 wurden in Farah (Westen) die Leichen von drei Mitarbeitern der Zollbehörde gefunden. Die Beamten waren zuvor von Taliban entführt worden. Am 04.10.15 wurden zwei Geheimdienstmitarbeiter bei einem Anschlag in Faryab (Norden) verletzt. Bei einem weiteren Bombenanschlag am 04.10.15 in Ghazni (Südosten) wurden mindestens zwei Polizisten und sieben Zivilisten verletzt.

Irak

Opferzahlen

Im September 2015 wurden nach der Zählung von Iraq Body Count (IBC) 1.181 Zivilpersonen getötet.

Nach der UN Assistance Mission for Iraq (UNAMI) gab es im September 2015 537 zivile Todesopfer und 925 Verletzte (einschließlich der Opferzahlen in der Provinz Anbar). Weiterhin wurden 180 Mitglieder der irakischen Armee, Peshmerga-Kämpfer und andere Verbündete (ohne Opferzahlen der Anbar-Operationen) getötet und 291 verletzt.

Die am stärksten betroffene Provinz war Bagdad mit 840 zivilen Opfern (257 Tote, 583 Verletzte). In der Provinz Diyala gab es 67 Tote und 86 Verletzte, in der Provinz Salahaddin 87 Tote und 64 Verletzte, in der Provinz Ninive 75 Tote und acht Verletzte und in der Provinz Kirkuk 16 Tote und sechs Verletzte.

In der Provinz Anbar gab es Angaben des Health Directorate in Anbar zufolge 204 zivile Opfer (28 Tote und 176 Verletzte). UNAMI weist darauf hin, dass es sich um Mindestangaben handelt, da in Konfliktgebieten die Opferzahlen nicht verifiziert werden können.

Anschläge in Bagdad

Bei zwei Selbstmordanschlägen am 03.10.15 in Bagdad wurden mindestens 18 Menschen getötet und weitere 60 verletzt. Die Anschläge haben sich in zwei überwiegend von Schiiten bewohnten Vierteln im Norden Bagdads ereignet.

Cholera

Angaben der irakischen Gesundheitsbehörden zufolge ist die Zahl der Cholera-Fälle auf über 800 gestiegen. Insgesamt seien zehn Todesopfer registriert worden. Die ersten Fälle seien aus der Gegend um Abu Ghraib gemeldet worden. Seitdem habe sich die Cholera auf verschiedene Städte im Süden des Iraks bis Basra ausgebreitet. Überfüllte Flüchtlingscamps hätten das Problem verstärkt.

Grüne Zone geöffnet

Der irakische Ministerpräsident Haider al-Abadi hat am 04.10.15 die sog. Grüne Zone, das Regierungsviertel von Bagdad, für die Öffentlichkeit geöffnet. In dem hoch gesicherten Gebiet von rund zehn Quadratkilometern befinden sich die wichtigsten politischen Institutionen des Iraks sowie zahlreiche Botschaften. Der Zugang unterliege jedoch noch Beschränkungen. So würde zum Befahren der meisten Zufahrtswege ein spezieller Ausweis benötigt.

Irak bittet um internationale Hilfe

Laut dpa-Meldung vom 01.10.15 bat der irakische Ministerpräsident am 01.10.15 vor der UN-Vollversammlung um internationale Hilfe. Abadi habe insbesondere logistische Unterstützung – auch für die Versorgung von Flüchtlingen – genannt.

Syrien

Russische Luftangriffe

Seit dem 30.09.15 bombardiert die russische Luftwaffe Ziele in Syrien, in den ersten vier Tagen flog sie mehr als 60 Angriffe auf rund 50 Stellungen. Nach Angaben der russischen Armee griff sie am Wochenende Stellungen des IS in den Provinzen Idlib (Idlib) im Nordwesten bzw. ar-Raqqa im Osten an. Seit Beginn der russischen Luftangriffe in Syrien sollen nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte mindestens 39 Zivilisten sowie 14 Kämpfer, vor allem des IS, getötet worden sein. Nach russischen Angaben richten sich die eigenen Angriffe gegen die Milizen IS und Jabhat al-Nusra (al-Nusra-Front oder JN) sowie gegen andere Terroristengruppen. Die Freie Syrische Armee (FSA) sei jedoch wichtiger Teil des politischen Prozesses in Syrien und keine Terrororganisation, widersprach der russische Außenminister Lawrow am 01.10.15 dem Vorwurf, Russland würde auch gemäßigte Gruppierungen in Syrien angreifen. Der türkische Präsident Erdogan nannte die russischen Angriffe vollkommen inakzeptabel, der britische Premier Cameron und US-Präsident Obama warfen Russland vor, den „Schlächter“ Assad zu unterstützen, weil es vor allem moderate Gruppen angreife und damit den IS stärke.

USA legt Ausbildung moderater syrischer Rebellen auf Eis

Angesichts massiver Rückschläge stellen die USA nach Angaben des Pentagon-Sprechers Peter Cook vom 29.09.15 die Ausbildung und Ausrüstung moderater syrischer Rebellen vorerst ein. Vorerst würden keine neuen Rekruten mehr in die Ausbildungslager in der Türkei und in Jordanien geschickt; die im Programm befindlichen Personen würden jedoch weiter ausgebildet. Die USA hatten im Frühjahr 2015 damit begonnen, gemäßigte Rebellen für den Kampf gegen den IS auszubilden. Ziel des 500 Millionen Dollar-Programms war es, jährlich 5.000 Personen auszubilden und diese danach nach Syrien zu schicken. Bisher sind jedoch nur wenige in Syrien. Das Pentagon musste zudem kürzlich einräumen, dass einige von ihnen ihre Waffen der islamistischen JN übergeben hatten, um ein von ihr kontrolliertes Gebiet zu durchqueren (vgl. BN vom 28.09.15).

Neues Konzept im Kampf gegen den IS

Nach Informationen der New York Times vom 04.10.15 soll sich die US-geführte Koalition gegen den IS jetzt auf die IS-Hochburg ar-Raqqa konzentrieren. Dort sollen bis zu 5.000 arabische Kämpfer und 20.000 Kurden mit Unterstützung von Kampfflugzeugen die Stadt unter Druck setzen und wichtige Versorgungswe-

ge des IS kappen. Der US-Präsident soll hierzu erstmals direkte Lieferungen von Munition und möglicherweise Waffen an syrische Oppositionelle bewilligt haben.

IS setzt Zerstörung antiker Stätten fort

Der IS setzte am 04.10.15 mit der Sprengung des zwischen 193 und 211 nach Christus erbauten Triumphbogens die Zerstörung antiker Stätten fort. Nach der Eroberung der Stadt Palmyra im Mai 2015 hatte die Terrormiliz bereits Mausoleen geplündert, Skulpturen und antike Tempel zerstört, die die IS-Fundamentalisten als Zeugnisse der Vielgötterei ansehen und die unislamisch seien.

Türkei

Festnahme von kurdischen Politikern und Journalistin

Nach Medienberichten nahm die türkische Polizei am 02.10.15 in Istanbul ca. 44 kurdische Aktivisten fest. Darunter waren mehrere Funktionäre der Kurdenpartei HDP, Gewerkschafter sowie eine leitende Redakteurin einer kurdischen Zeitung. Den Festgenommenen wird Unterstützung der verbotenen PKK vorgeworfen. Sie sollen auch am Aufbau einer politischen Akademie beteiligt gewesen sein.

Israel

Altstadt von Jerusalem für nicht ortsansässige Palästinenser gesperrt

Im Westjordanland kam es in den vergangenen Tagen zu Krawallen und Zusammenstößen zwischen Palästinensern und israelischen Soldaten. Die Palästinenser meldeten dabei Dutzende Verletzte. Vorausgegangen war ein Attentat am 03.10.15 in Jerusalem. Ein junger Palästinenser überfiel jüdische Passanten mit einem Messer. Er tötete zwei Männer und verletzte eine Frau und ein Baby, ehe er von der Polizei erschossen wurde. Die palästinensische Führung warf Israel eine Eskalationsstrategie vor, während israelische Politiker Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas beschuldigen, er würde zur Gewalt aufwiegeln.

Palästinensische Autonomiegebiete

Präsident Abbas will sich nicht mehr an Oslo-Friedensprozess halten

Mahmoud Abbas erklärte am 30.09.15 vor der UN, die Palästinenser wollen sich nicht mehr an den 1993 in Oslo vereinbarten Nahost-Friedensprozess halten, solange Israel die Einigung ständig verletze. Das Osloer Abkommen, das den Palästinensern einen eigenen Staat und Israel Frieden bringen sollte, gilt allerdings schon lange als gescheitert, da die Verhandlungen um die Streitpunkte Jerusalem, Flüchtlingsfrage, Grenzziehung und den Status der jüdischen Siedlungen keine Einigung erbrachten.

Jemen

Regierungsnahe Truppen erobern die Meerenge Bab al-Mandab

Koalitionseinheiten des Präsidenten Abd Rabbo Mansour Hadi haben den Zugang zu einer strategisch wichtigen Meerenge an der Südspitze des Landes von den schiitischen Houthi-Rebellen zurückerobert. Die Meerenge Bab al-Mandab kontrolliert den Zugang zum Roten Meer und damit zum Suezkanal, der auf einer der wichtigsten Schifffahrtsrouten der Welt liegt. Die Hadi-Truppen wurden von der von Saudi-Arabien geführten Koalition sunnitischer Staaten unterstützt, die regelmäßig Luftangriffe auf Stellungen der Houthi-Rebellen fliegt. Die aus dem saudischen Exil zurückgekehrte Regierung Hadis hat gegenwärtig in der südlichen Hafenstadt Aden ihren provisorischen Regierungssitz errichtet, weil die Houthi-Rebellen noch die Hauptstadt Sanaa beherrschen.

Südsudan

Angriff der Regierungstruppen auf Rebellengebiet

Die südsudanesischen Regierungstruppen sollen nach Angaben der Rebellen in der vergangenen Woche immer wieder deren Positionen im Norden angegriffen haben. Bestätigt werden konnte diese Meldung jedoch nicht. Die angeblichen Angriffe stellen eine Verletzung des Friedensabkommens zwischen den Konfliktparteien dar. Am 03.10.15 verkündete der Präsident des Südsudans Salva Kiir, er habe die Anzahl der Bundesstaaten im Land von zehn auf 28 erhöht. Laut südsudanesischen Rebellen sei dies eine einseitige Maßnahme der Regierung gewesen.

Ägypten

Tunnel zum Gazastreifen geflutet

Seit Mitte September flutet die ägyptische Armee Tunnel in den Gazastreifen mit Salzwasser. Die Hamas-Regierung befürchtet den Einsturz von Häusern entlang der Grenze zum Gazastreifen. Laut Angaben eines hochrangigen Offiziers aus dem ägyptischen Militär seien bereits 99 % der Tunnel nach Gaza zerstört worden. Zur Flutung äußerte sich die ägyptische Armee jedoch nicht. Offiziellen Plänen zufolge soll eine Pufferzone von 79 km² an der Grenze zum Gazastreifen errichtet werden. Dies würde auch Teile der Stadt Rafah und 78.000 seiner rund 270.000 Einwohner betreffen.

Todesurteile

In der ägyptischen Provinz Gizeh wurden am 01.10.15 in einem Berufungsverfahren gegen 16 Islamisten die Todesstrafe verhängt. Ihnen wird die Tötung von 25 ägyptischen Polizisten während eines Raketenangriffs auf der Sinai-Halbinsel im August 2013 vorgeworfen. Das vormalig gefällte Urteil, eine langjährige Haftstrafe, wurde durch ein ägyptisches Kassationsgericht aufgehoben.

Zwei ägyptische Polizisten erschossen

Nach Angaben des ägyptischen Innenministeriums wurden am 03.10.15 zwei Polizisten auf der Sinai-Halbinsel von Kämpfern einer mit dem IS verbundenen radikalislamistischen Gruppe erschossen.

Uganda

Alternativer Nobelpreis für LGBTI-Aktivistin

Kasha Jacqueline Nabagesera erhält, wie am 01.10.15 bekanntgegeben wurde, den diesjährigen Right Livelihood Award für ihren Kampf für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen in Uganda. Ende 2014 brachte sie das Bombastic Magazine heraus, das mit Berichten über das Leben der LGBTI-Gemeinde Toleranz in Uganda wecken will. Es wurde im Land verteilt und ist im Internet verfügbar. Nabagesera, Mitbegründerin der Organisation Freedom And Roam Uganda (FARUG), teilt sich die mit 320.000 Euro dotierte Auszeichnung mit zwei weiteren Preisträgern. 2013 erhielt Nabagesera den Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreis.

Uganda sorgte in den vergangenen Jahren mit einem Gesetzentwurf für Aufsehen, der unter bestimmten Voraussetzungen die Todesstrafe für Homosexuelle vorsah. Das in einer abgemilderten Fassung „nur noch“ lebenslängliche Haft als Höchststrafe vorschreibende, im Februar 2014 in Kraft getretene Gesetz wurde im August 2014 aufgrund einer Klage mehrerer Aktivisten, darunter Nabagesera, kassiert.

Burundi

Tote bei Gewaltausbruch

Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften forderten am 03.10.15 in Bujumbura etwa ein Dutzend Todesopfer. Auslöser soll der Versuch der Polizei gewesen sein, im Stadtviertel Mutakura mehrere Jugendliche festzunehmen.

Sanktionen

Der Rat der EU verhängte am 01.10.15 Reisebeschränkungen und wirtschaftliche Sanktionen gegen vier Präsident Pierre Nkurunziza nahestehende burundische Beamte. Sie werden beschuldigt, gewaltsam die Demokratie zu untergraben oder eine politische Lösung für die aktuelle Krise im Lande zu behindern.

Zentralafrikanische Republik

Angespannte Lage in Bangui

Nach den Unruhen vom 26.09.15 (vgl. BN v. 28.09.15) ist die Lage in der Hauptstadt Bangui weiterhin angespannt. Mindestens 36 Menschen wurden bislang getötet. Mehr als 42.000 flohen vor der Gewalt, teils in die Nähe des Flughafens der Stadt, wo bereits 11.000 Flüchtlinge nahe der Basis der UN-Friedensmission MINUSCA leben. Demonstranten errichteten Barrikaden in Banguis Straßen, forderten den Rücktritt von Übergangspräsidentin Catherine Samba-Panza, den Abzug des internationalen Militärs und die Wiederbewaffnung der Armee, die nach der Machtübernahme durch die muslimische Séléka weitgehend aufgelöst worden war. Während der Unruhen wurden die Niederlassungen mehrerer Hilfsorganisationen geplündert. Es gilt eine nächtliche Ausgangssperre. Die Sicherheitskräfte schritten erst ab dem 28.09.15 mit größerem Nachdruck ein. Soldaten der MINUSCA hinderten am 28.09.15 Demonstranten daran, den Präsidentenpalast zu stürmen. Die UN-Friedensmission wies Vorwürfe zurück, wonach mindestens sechs Menschen getötet wurden. Nach dem Ausbruch von etwa 500 Insassen aus dem Ngaragba-Gefängnis in Bangui, darunter viele für Menschenrechtsverletzungen verantwortliche Kämpfer der Anti-Balaka, befürchten Beobachter eine weitere Eskalation. Marie-Therese Keita Bocoum, Unabhängige Expertin der UN für die Sicherheit in der Zentralafrikanischen Republik, warnt vor einem erneuten Aufflammen des Bürgerkriegs, sollte es nicht gelingen die Gewalt einzudämmen und die Milizen zu entwaffnen. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz zeigte sich alarmiert über die sich verschlechternde humanitäre Lage in Bangui. Die bereits mehrmals verschobenen und zuletzt für den 18.10.15 geplanten Wahlen wurden erneut vertagt.

Illegaler Diamantenhandel finanziert Milizen

In einem am 30.09.15 veröffentlichten Bericht wirft ai Aufkäufern von Diamanten in der Zentralafrikanischen Republik vor, Diamanten im Wert von mehreren Millionen US-Dollars gehortet zu haben, ohne deren Herkunft sorgfältig zu prüfen. Deshalb sei nicht auszuschließen, dass sich darunter sogenannte Konfliktdiamanten befinden, illegal unter der Kontrolle der Anti-Balaka und der Séléka geschürfte Diamanten, mit denen die Milizen sich finanzieren.

West- und Zentralafrika

Aktuelle Opferzahlen im Boko-Haram-Konflikt

Laut Angaben der Menschenrechtsorganisation ai vom 30.09.15 wurden bei Angriffen der islamistischen Terrororganisation Boko Haram seit Beginn des Jahres 2015 in Nigeria, Kamerun, Tschad und Niger mindestens 3.500 Menschen getötet. Allein seit Anfang Juni 2015, dem Amtsantritt des nigerianischen Staatspräsidenten Buhari, waren es mindestens 1.600 Menschen.

Nigeria

Serie von Selbstmordattentaten in Abuja und Maiduguri

Am 02.10.15 sprengten sich in zwei Vororten der nigerianischen Hauptstadt Abuja zwei Selbstmordattentäter in die Luft. Sie erfolgten in der Nähe einer Polizeistation und bei einer Bushaltestelle. Laut Angaben der Katastrophenschutzbehörde starben bei den Anschlägen 18 Menschen, über 40 wurden verletzt.

Am 01.10.15 sprengten sich laut Militärangaben zeitgleich vier Selbstmordattentäter in dem im Außenbereich der Stadt Maiduguri (Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno) gelegenen Gebiet Ajilari in der Nähe der Eisenbahnkreuzung in die Luft. Außer den Attentätern wurden bei dem Anschlag weitere zehn Personen getötet und 39 verletzt.

Die Anschläge werden der islamistischen Terrororganisation Boko Haram zugeschrieben.

Über 400 Boko-Haram-Terroristen ergeben sich im Bundesstaat Borno

Laut nicht verifizierbaren Angaben der Armee vom 01.10.15 haben sich 80 Boko-Haram-Kämpfer den Soldaten bei der Stadt Bama ergeben. Bereits am 25.09.15 hatte die Armee die Aufgabe von 200 Terroristen im

Zusammenhang mit der Rückeroberung der an der Grenze zu Kamerun gelegenen Stadt Banki und am 24.09.15 die Waffenniederlegung von weiteren 135 Terroristen in der Biu Local Government Area gemeldet.

DR Kongo / Ruanda

Haftstrafen im Prozess gegen ruandische FDLR-Führung

Das OLG Stuttgart verurteilte am 28.09.15 den Ruander und Präsidenten der ruandischen Hutu-Rebellenorganisation FDLR („Demokratische Kräfte für die Befreiung Ruandas“), Ignace Murwanashyaka, wegen Rädelsführerschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung sowie wegen Beihilfe zu vier Kriegsverbrechen zu 13 Jahren Haft. Er wurde für schuldig befunden, im Jahr 2009 in der DR Kongo in erheblicher Weise Kriegsverbrechen gefördert zu haben, insbesondere Massaker der FDLR-Truppen an den Bewohnern der ostkongolesischen Dörfer Mianga, Busuringi, Chiriba und Manje, denen fast 200 Zivilisten zum Opfer fielen. Sein Stellvertreter Straton Musoni, der vor drei Jahren von seinem FDLR-Amt zurückgetreten und aus der FDLR ausgetreten ist, wurde wegen Rädelsführerschaft in einer terroristischen Organisation zu acht Jahren Haft verurteilt. Er wurde nach dem Urteil freigelassen, da er wegen der langen Verfahrensdauer seine Haftstrafe bereits zu mehr als zwei Dritteln in der Untersuchungshaft abgesessen hatte.

Dies war das erste Verfahren nach dem 2002 in Deutschland in Kraft getretenen Völkerstrafgesetzbuch, das es ermöglicht, Kriegsverbrecher unabhängig vom Ort des Geschehens anzuklagen. In dem sich seit Mai 2011 über 320 Verhandlungstage erstreckenden Prozess zeigten sich nach Darstellung des Gerichts die Grenzen der logistischen Möglichkeiten eines deutschen Gerichts, im Ausland begangene Völkerrechtsverbrechen aufzuklären. So musste die Bundesanwaltschaft schon während des Verfahrens elf von 16 Anklagepunkten fallenlassen.

Die FDLR ist in den beiden ostkongolesischen Provinzen Nord- und Südkivu weiterhin für schwere Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung verantwortlich.

Burkina Faso

Armee nimmt Kaserne der Präsidentialgarde nach Gefechten ein

Nachdem die Putschisten der Präsidentialgarde (RSP) sich seit dem Abend des 27.09.15 weigerten, ihre bereits begonnene Entwaffnung fortzusetzen, rückte die reguläre Armee am 29.09.15 auf die in der Nähe des Präsidentenpalastes in Ouagadougou gelegene Kaserne der RSP vor. Nach Gefechten mit der RSP gelang es der Armee in der Nacht zum 30.09.15 die umkämpfte Kaserne einzunehmen. Laut Angaben von Interimspräsident Kafando habe es bei den Gefechten keine Toten gegeben. General Gilbert Diendéré, der Anführer der RSP und des gescheiterten Staatsstreichs vom 16.09.15, wurde am 01.10.15 von der apostolischen Nuntiatur, wohin er sich am 30.09.15 geflüchtet hatte, an die Behörden übergeben. Er soll vor Gericht gestellt werden.

EJR Mazedonien / Serbien

Anhaltender Flüchtlingsstrom auf der Balkanroute

Dem UNHCR zufolge kommen immer noch täglich bis zu 2.500 Flüchtlinge aus Griechenland in Mazedonien an. In dem Lager bei Gevgelija bekommen sie ein Papier, das sie berechtigt, sich 72 Stunden im Land aufzuhalten. Sie dürfen in dieser Zeit das Lager nicht verlassen. Sie warten, bis einer der Züge kommt, die Mazedonien bereitgestellt hat für die Fahrt an die Grenze zu Serbien. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat in einem am 21.09.15 veröffentlichten Bericht der mazedonischen Polizei schwere Vorwürfe im Umgang mit Flüchtlingen gemacht. Angesichts des nahenden Winters und des anhaltenden Flüchtlingsstroms befürchten Hilfsorganisationen eine humanitäre Katastrophe. Nach offiziellen Angaben haben seit Beginn der Flüchtlingskrise im Frühjahr rund 200.000 Menschen Serbien durchquert. In Presevo an der mazedonisch-serbischen Grenze kommen täglich rund 1.000 neue Flüchtlinge an. Dort werden sie registriert, um weiterreisen zu können.

Am Wochenende des 03./04.10.15 haben erneut mehrere tausend Menschen die Grenze zwischen Serbien und Kroatien überquert.

Montenegro

Proteste gegen die Regierung

Mit Protesten will die oppositionelle Demokratische Front den Rücktritt von Ministerpräsident Milo Djukanovic und vorgezogene Parlamentswahlen erzwingen. Am 27.09.15 gingen in Podgorica rund 4.000 Personen friedlich auf die Straße. Mehrere hundert Demonstranten errichteten im Regierungsviertel ein Zeltlager und wollen dort ausharren, bis Djukanovic abtritt.

Djukanovic bestimmt seit 1991 in wechselnden Rollen (Ministerpräsident, Staatpräsident, Vorsitzender der Demokratischen Partei der Sozialisten) fast ununterbrochen die Geschicke des Landes. Ihm werden schon lange Vetternwirtschaft, Korruption und Misswirtschaft vorgeworfen. Seit 2012 häufen sich die Proteste gegen das „System Djukanovic“. Auch die Kritik aus dem In- und Ausland über ausbleibende, bereits versprochene Reformen wächst. So bemängelt die EU fortbestehende Defizite in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Vetternwirtschaft, weit verbreitete Korruption sowie der Einfluss der organisierten Kriminalität gelten unverändert als entscheidende Entwicklungshemmnisse.

Ukraine

Ukraine-Gipfel

Nach dem Ukraine-Krisengipfel vom 02.10.15 in Paris gibt es im Konfliktgebiet der Ost-Ukraine Zeichen der Entspannung. Sowohl prorussische Separatisten als auch Regierungseinheiten begannen nach eigenen Abgaben mit dem einige Tage vor dem Gipfel vereinbarten Teilabzug von Waffen. Massiver Streitpunkt bleiben aber die von den Aufständischen geplanten Wahlen, die die Regierung in Kiew ablehnt. Das Problem ist nach dem Treffen der Staats- und Regierungschefs in der französischen Hauptstadt weiter ungelöst. Die prorussischen Separatisten in der Ostukraine wollen ihre für 18.10.15 und 01.11.15 angekündigten Kommunalwahlen nicht verschieben. In der übrigen Ukraine finden am 25.10.15 Kommunalwahlen statt. Die Regierung in Kiew lehnt die Wahlen im Osten des Landes als gesetzwidrig ab, auch weil regierungstreue Kandidaten ausgeschlossen werden sollen. In Paris hieß es, Putin habe sich verpflichtet, sich dafür einzusetzen, dass die Wahlen nach ukrainischem Recht stattfinden können.

Caritas Ukraine warnt vor neuer Flüchtlingswelle

Der ukrainische Caritas-Präsident Andrij Waskowycz warnte die EU vor einer neuen Flüchtlingswelle. In der Ukraine gebe es bereits mehr als 1,4 Millionen registrierte Binnenflüchtlinge, wobei die Dunkelziffer aber wohl doppelt so hoch liege. Er forderte die EU dazu auf, ihre Hilfe für die Ukraine dringend zu intensivieren, da das Land mit der Versorgung der Millionen Flüchtlinge überfordert sei.

Indien

Todesurteile nach Bombenanschlägen

Fünf Männer sind am 29.09.15 wegen ihrer Beteiligung an den verheerenden Bombenanschlägen in Mumbai im Jahr 2006 zum Tode verurteilt worden. Am 11.07.06 waren innerhalb weniger Minuten sieben Sprengsätze in überfüllten Pendlerzügen explodiert und hatten 189 Menschen getötet, mehr als 800 Menschen wurden verletzt. Vier weitere Angeklagte wurden zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Die Männer sollen Mitglieder der militanten Studentenorganisation Islamic Movement of India sein, die von der pakistanischen Terrororganisation Lashkar-e-Taiba unterstützt wird. Die Ermittler sind auch überzeugt, dass der pakistanische Militärgesheimdienst ISI involviert ist. Pakistan weist das zurück.